

Online Diskussion

China, die EU und der neue strategische Kontext im Indo-Pazifik

Eine Veranstaltung in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.

Summary erstellt von: Lena Fruth und Caroline Sariciftci

Keywords: China, EU, Indo-Pazifik, Strategie, Trans-Atlantik

TeilnehmerInnen:

Sebastian Bersick

Lehrstuhlinhaber, Internationale Politische Ökonomie Ostasiens, Ruhr-Universität Bochum, Fakultät für Ostasienwissenschaften

Sarah Kirchberger

Leiterin der Abteilung Strategische Entwicklung in Asien-Pazifik am Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel GmbH (ISPK)

Moderation:

Thomas Eder, Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip)

Datum:

18. November 2021

Veranstaltungsort:

Online Diskussion

Executive Summary

In den letzten Jahren überschlugen sich die Ereignisse im Indo-Pazifik, aus geopolitischer wie auch geoökonomischer Sicht. China implementierte selbstbewusst die Belt and Road Initiative (BRI), konnte mit dem Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) ein regionales Freihandelsabkommen abschließen und erweiterte die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) um Indien und Pakistan. Dies, neben neuen Sanktionen gegen Australien und Drohgebärden in der Taiwan-Straße und dem Südchinesischen Meer. Gleichzeitig verstärken die Vereinigten Staaten die Zusammenarbeit mit ihren „Quad“-Partnern Japan, Indien und Australien von Infrastruktur bis zu Rüstungsabkommen. Die EU versucht ihre regionale Rolle neu zu definieren und verabschiedete erstmals eine Indo-Pazifik-Strategie; unter dem Konzept „Global Gateway“ soll auch eine Konnektivitätsstrategie folgen. Hierbei gilt es einen Weg zu finden zwischen Ausrichtung an den Vereinigten Staaten und strategischer Autonomie. Vor diesem Hintergrund greift die Online Diskussion wichtige Themen bezüglich Chinas Prioritäten im Indo-Pazifik, der strategischen Neuausrichtung der EU gegenüber China – zwischen Partnerschaft, Wettbewerb und Rivalität – sowie dem Einfluss des Indo-Pazifik auf die transatlantische Koordination in der China-Politik auf.

Chinas Prioritäten im Indo-Pazifik

Zu Beginn der Diskussion weist Sarah Kirchberger darauf hin, dass es sich bei der Frage nach den Zielen und Strategien Chinas im Indo-Pazifik um eine äußerst komplexe und schwer zu beantwortende Fragestellung handelt. Diese Komplexität ergibt sich unter anderem daraus, dass sich die Äußerungen Chinas zum Umgang mit seinen Nachbarstaaten wesentlich von den praktischen Umsetzungen unterscheiden. Die Rhetorik Chinas bezüglich eines friedlichen Miteinanders in der Region und einer klaren Distanzierung von einer Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten passt demnach nicht mit den konkreten, beobachtbaren Handlungen zusammen. Diese Diskrepanz wird beispielsweise in dem aktuellen Vorgehen der chinesischen Küstenwache deutlich, die kürzlich, unter Einsatz von Wasserkanonen gegen philippinische Kräfte, einen Außenposten des philippinischen Militärs von der Versorgung abschnitt. Um die Prioritäten und die Rolle Pekings im Indo-Pazifik zu verstehen, ist es also notwendig die Aktivitäten Chinas zu analysieren. Zu empirisch untersuchbaren Aktivitäten zählen zum einen die Rüstungsprogramme, die China in enormen Maße aufbaut. Zum anderen lässt sich das tatsächliche Vorgehen und Verhalten Chinas untersuchen, welches, wie es das Beispiel am philippinischen Riff veranschaulicht, durch ein aggressives Auftreten gegenüber den Nachbarstaaten gekennzeichnet ist. Darüber hinaus ist in den letzten Jahren auch eine Verschiebung auf dem Gebiet der Rhetorik in Richtung einer aggressiveren Tonlage zu beobachten. Diese Verschiebung bezeichnet Kirchberger als eine Methode seitens Pekings, um die Wahrnehmung anderer Akteure zu beeinflussen.

Bei der Betrachtung der Rolle Chinas im Indo-Pazifik ist es zusätzlich hilfreich, Begebenheiten zu betrachten, die unverrückbare Parameter des chinesischen Handelns darstellen. Zu diesen Begebenheiten zählt vor allem die maritime Geographie Chinas, die sich mangels direkten Zugangs zum offenen Ozean, als vergleichsweise ungünstig beschreiben lässt. China ist von einer Art natürlichen Zauns aus Inseln umgeben, der sich aus der sogenannten ersten Inselkette ergibt, welche sich entlang der süd-japanischen Inselkette mit Okinawa, vorbei an Taiwan und entlang der philippinischen Küste und Malaysia im Südchinesischen Meer zieht. Die geographische Lage Chinas begrenzt die chinesische maritime Expansion. Das Wasser bis hin zu dieser ersten Inselkette ist relativ flaches Gewässer, während erst östlich der ersten Inselkette der tatsächliche Ozean beginnt. Diese natürliche Begebenheit hat ganz konkrete Konsequenzen für Chinas Marinestrategie, da Marineschiffe zu keinem Zeitpunkt gänzlich unbeobachtet in den Ozean gelangen und dort operieren können. Dies führt dazu, dass China im direkten Vergleich zu anderen Staaten, wie beispielsweise Großbritannien, Frankreich oder den Vereinigten Staaten, mit schlechteren naturräumlichen Ausgangsbedingungen für

eine seegestützte nukleare Abschreckung konfrontiert ist, welche grundsätzlich darauf basiert, dass U-Boote komplett unbeobachtet im Ozean operieren können.

In diesem Kontext nimmt Taiwan, als natürlicher Eckpfeiler der ersten Inselkette einen besonderen Stellenwert ein. Aufgrund seiner geographischen und politischen Bedeutung wird Taiwan oft als „unsinkbarer Flugzeugträger“ bezeichnet, was bedeutet, dass die Kontrolle Taiwans ausschlaggebend für die Gestaltung der geopolitischen Landschaft des asiatisch-pazifischen Raums ist. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich, dass chinesische Marinestrategen mehrfach betonten, Taiwan unter



Sarah Kirchberger

Kontrolle zu bekommen, müsse das primäre Ziel für China sein. Eine chinesische Kontrolle dieses Territoriums würde eine massive Verschiebung des Kräftegleichgewichts in der Region zur Folge haben, da über die Ostküste Taiwans ein ungestörtes Vordringen in den Pazifik ermöglicht werden könnte. Eine solche Situation würde

einen enormen Zugewinn an militärischer Bewegungsfreiheit für China und gleichzeitig einen schweren Schlag für die Vereinigten Staaten bedeuten. Einige chinesische Strategen verdeutlichen, dass China ohne die Kontrolle über Taiwan niemals eine erstrangige Seemacht sein kann, was zum Teil die Fixierung auf das Taiwan-Problem seitens Pekings erklärt. Das Südchinesische Meer ist darüber hinaus deshalb so strategisch wertvoll für China, da es das einzige Binnenmeer ist, das vom chinesischen Festland aus, direkten Zugang zu tieferem Gewässer bietet. Dieser Zugang könnte die wichtige Rolle eines Rückzugs-, Trainings- oder auch Stationierungsgebietes für strategische U-Boote erfüllen.

Es wird deutlich, dass sich China konsequent darum bemüht, seine Kontrolle massiv auszubauen, um das umliegende Seegebiet im Ernstfall gegenüber einer feindlichen Macht verteidigen und das chinesische Festland vor Interventionen schützen zu können. Durch die Errichtung eines gewissen Sicherheitsabstandes, soll es anderen Mächten unmöglich gemacht werden, sich der chinesischen Küste anzunähern. Darüber hinaus lässt sich eine massive Aufrüstung der chinesischen Marine beobachten. Einige Projektionen über die chinesische Aufrüstung, die noch 2015 als wahrscheinlich erachtet wurden, wurden in Bezug auf die Zuwächse im Bereich der Marinerüstung rückblickend im Schnitt um 100% übertroffen. Sarah Kirchberger stellt fest, dass sich dieses Spektrum an veränderten Verhaltensweisen aus Peking vor allem durch militärstrategische Überlegungen erklären lässt.

Die strategische Neuausrichtung der EU im Indo-Pazifik

Sebastian Bersick verweist darauf, dass es vor dem Hintergrund der bereits angeführten militärischen Aspekte wichtig ist zu beachten, dass die EU eine Wirtschaftsmacht und keine Militärmacht repräsentiert. Auch wenn es keine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik gibt, erfordert die Geopolitisierung der globalen Politik – wie Bersick sie bezeichnet – allerdings auch realpolitische Antworten. Dies führt dazu, dass die EU vor einem fundamentalen ideellen Dilemma steht, denn ideell ist es mit der Vorstellung einer normativen Macht, als welche die EU sich bezeichnet, nicht vereinbar, die militärischen Kapazitäten auszubauen. Zu diesem ideellen Dilemma kommt hinzu, dass auch in materieller Hinsicht die Kapazitäten für eine militärische Aufrüstung nicht vorhanden sind.

Es zeichnet sich jedoch ab, dass dieses Problem in Brüssel nicht nur erkannt, sondern auch adressiert wird. Im Zusammenhang mit dem sogenannten strategischen Kompass hat die EU nun einen Prozess eingeleitet, der eine stärkere Verteidigungsagentur und militärische Kapazität auf europäischer Seite ermöglichen soll. Die Gründe hierfür sind vielfältig: Zum einen ist die europäische Sicherheit zu einem großen Teil von der transatlantischen Beziehung abhängig. Nicht zuletzt aufgrund der erratischen Politik des ehemaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump, wurde die Frage laut, inwieweit diese Sicherheit langfristig gewährleistet sein wird. Hinzu kommen weitere Bedrohungen seitens Russlands, die für die europäischen Sicherheitsinteressen von Bedeutung sind und zunehmend, wie verdeutlicht wurde, auch aus China. Die Risiken, die von der chinesischen Politik ausgehen, betreffen nicht nur die EU-Chinesischen Handelsbeziehungen, sondern werfen auch Fragen bezüglich wechselseitiger Abhängigkeiten auf, die in Zukunft ein Risiko für die europäische Wohlfahrt und Sicherheit darstellen können.

In ihrem *Strategic Outlook* aus dem Jahr 2019 hat die EU festgestellt, dass ihre Beziehung zu China nicht nur von kooperativer und kompetitiver Natur ist, sondern dass darüber hinaus auch eine Art strategische Rivalität besteht. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind sich also darüber bewusst, dass sie zu leichtfertig darauf gesetzt haben, dass ein wirtschaftlicher Fortschritt Chinas automatisch zu einer Anpassung des Landes an demokratische und liberale Werte führen wird. In diesem Kontext hat die geschäftsführende Bundeskanzlerin Deutschlands, Angela Merkel, in einem aktuellen Interview eingeräumt, dass die deutsche Regierung anfangs zu naiv mit der Chinapolitik umgegangen ist – ein ähnliches Eingeständnis war bereits vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron zu hören gewesen. In ihrer im September 2021 veröffentlichten Indo-Pazifik-Strategie geht die EU mit ihrer 3P-Policy (to protect, to promote and to push-back) sogar noch einen Schritt weiter, indem sie darauf hinweist, die EU müsse in Hinblick auf die Chinapolitik im Indo-Pazifik ihre grundlegenden Interessen

schützen und fördern, gleichzeitig aber auch dort zurückdrängen, wo es grundlegende Meinungsverschiedenheiten gibt, z. B. bei Menschenrechten. Diese Rhetorik des Zurückdrängens – *to push-back* – weist auf ein wesentlich aktiveres Verhalten der EU hin, als es bisher der Fall gewesen ist. Dieses Vorgehen wird auch durch die Erarbeitung neuer Gesetzesmaßnahmen unterstützt, wie durch die *anti-coercion legislation*, welche ein neues Rechtsinstrument darstellt, das die Kommission ermächtigen soll, entsprechende Maßnahmen und Sanktionen gegenüber jedem Nicht-EU-Land anzuwenden, das sich unrechtmäßig in die politischen Entscheidungen der EU oder ihrer Mitgliedstaaten einmischt.

Gleichzeitig betont Bersick allerdings, dass China als Wirtschaftspartner viel zu wichtig für die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten ist, um sich auf einen allzu konfliktreichen Weg zu begeben. Hierfür steht beispielsweise das *Comprehensive Agreement on Investment*, ein geplantes Investitionsabkommen zwischen der



Sebastian Bersick

Volksrepublik China und der EU, für das die Verhandlungen im Dezember 2020 erfolgreich abgeschlossen wurden. Die Ratifizierung dieses Abkommens wurde allerdings aufgrund gegenseitiger Sanktionen zwischen den Verhandlungspartnern auf unbestimmte Zeit verschoben.

Es wird deutlich, dass es sich bei der EU-China Beziehung um ein sehr komplexes Verhältnis handelt. Nicht zuletzt aus diesem Grund wurde in Brüssel in den letzten Jahren zunehmend erkannt, dass es sich im Rahmen der Asienpolitik nicht allein um eine Chinapolitik handeln darf. In ihrer bisher stark auf China zentrierten Asienpolitik, öffnet sich die EU nunmehr auch gegenüber anderen internationalen Partnern und Partnern in der Region. Besonders wichtig sind hierbei die gleichgesinnten Partner, die sogenannten *like-minded partners*, wie Japan oder Indien, die als zentrale Partner der EU im Indo-Pazifik betrachtet werden. Nicht nur Staaten, sondern auch regionale Organisationen wie der Verband Südostasiatischer Nationen, kurz ASEAN, gewinnen für die EU an Bedeutung. Durch die Beziehung mit ASEAN verfolgt die EU ihr außenpolitisches Ziel, regionale Integration weltweit und somit auch in der Region des Indo-Pazifiks zu fördern. Da die Freihandelsabkommen der EU allerdings größtenteils bilateraler Natur sind und auch bleiben, bedeutet ein Aufbau einer solchen Beziehung nicht, dass die EU an wirtschaftlichen multilateralen Integrationsprozessen, wie dem Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) oder dem Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) Abkommen, teilnimmt. Die EU versucht in ihrer Politik gegenüber China also auf

der einen Seite ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen und auf der anderen Seite dem sich ändernden strategischen Kontext gerecht zu werden.

Einfluss der Region des Indo-Pazifiks auf die transatlantische Zusammenarbeit

In Bezug auf die transatlantische Koordination gegenüber China beschreibt Sarah Kirchberger, dass in den Vereinigten Staaten zwischen den verschiedenen Administrationen ein weitreichender Konsens bezüglich der Asien-Politik herrscht. Bereits unter Präsident Barack Obama kam es im Rahmen des sogenannten *pivot to asia* zu einer Annäherung an Asien. Konkret bedeutet dies, dass die Vereinigten Staaten viele bilaterale Sicherheitsbündnisse in der Region eingegangen sind, beispielsweise mit Südkorea, Japan und Australien und implizit auch mit Taiwan. Die Bildung solcher Bündnisse hat die EU bisher verpasst, nicht zuletzt da sie sich stark auf die Priorisierung der NATO-Partnerschaft konzentriert hat. Innerhalb der EU wird allerdings das Bewusstsein stärker, dass die Vereinigten Staaten gegebenenfalls wichtige Kapazitäten aus Europa abziehen werden, um den Westpazifik zu schützen. Für die EU bedeutet dies, dass die Positionierung und Abschreckung gegen Russland eine weitaus stärkere europäische Aufgabe sein müsste als sie es momentan ist. Die NATO-Partner der EU erfüllen derzeit nicht die erforderlichen Kapazitäten, die notwendig wären, um innereuropäische Aufgaben effektiv zu bearbeiten, was in vielen Schlüsselbereichen zu einer starken Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten führt.

Kirchberger vergleicht in diesem Kontext die Position Australiens mit der aktuellen Position Deutschlands in ihrer Chinapolitik. Ähnlich wie Deutschland ist auch Australien wirtschaftlich sehr eng mit China verflochten gewesen. Mit dem Bündnis AUKUS zwischen den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und Australien, positioniert sich Australien nun aber explizit gegen China und versucht eine gewisse Unabhängigkeit von der Volksrepublik zu erreichen. Aus europäischer Sicht mag dieses Vorgehen recht unerwartet wirken, es zeigt allerdings, dass Australien etwas früher als andere europäische Staaten die Auswirkungen einer chinesischen Politik zu spüren bekommen hat, die ihre Machtmittel, die sie gegen andere Länder aufgebaut hat, nutzt, um politischen Einfluss auszuüben. Australien hat also mit der Unterzeichnung des militärtechnologischen Bündnisses AUKUS darauf reagiert, dass China aktiv durch die Schaffung von ökonomischen Abhängigkeiten versucht, politische Ziele durchzusetzen. AUKUS bezieht sich in seiner militärtechnologischen Rolle nicht allein auf nuklear angetriebene U-Boote, sondern auch auf eine Vielzahl anderer fortschrittlicher Technologien, wie beispielsweise im Bereich der Raketentechnologie. Dies zeichnet eine besondere Entwicklung ab, da durch das Abkommen Technologien transferiert werden sollen, welche die Vereinigten Staaten

üblicherweise auch nicht mit engsten Verbündeten teilen würden. Die nukleare Antriebstechnologie wurde bisher lediglich ein einziges Mal nach Großbritannien transferiert und wird nun im Rahmen des AUKUS Bündnisses auch nach Australien exportiert werden.

Im Rahmen der COVID-19 Pandemie wurde besonders deutlich, dass sich, ähnlich wie Australien, auch die Europäische Union neu positionieren muss. Die Pandemiesituation hat einige Tendenzen, die vorher schon vorhanden waren, klarer ans Tageslicht treten lassen. Zum einen hat China nachweislich nicht bei einer transparenten Aufarbeitung der COVID-19 Entstehung und Verbreitung mitgearbeitet, was die ideologische Positionierung Chinas verdeutlicht. Zum anderen kam es auch aktiv zu Fehlinformationskampagnen seitens Chinas, um eine mögliche Schuld an der COVID-19 Pandemie von sich zu weisen. Hinzu kommt die chinesische Maskendiplomatie und der Nicht-Verkauf bestimmter medizinischer Güter, bzw. der Versuch den Verkauf bestimmter Güter an politische Forderungen zu knüpfen. Ein Beispiel hierfür wäre das chinesische Vorgehen, Taiwan unter Druck zu setzen, indem taiwanesischen Verbündete aufgefordert wurden, ihre Verbindungen mit Taiwan abubrechen, um weiterhin mit bestimmten medizinischen Gütern versorgt zu werden. Diese Art von Maßnahmen gepaart mit der aggressiven Rhetorik der sogenannten Wolfskrieger Diplomaten hat dazu beigetragen, dass sich in Europa ein anderes Risikobewusstsein bezüglich der Abhängigkeit von China entwickelt hat. Auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat mehrfach davor gewarnt, dass sich einzelne Unternehmen und einzelne Branchen zu sehr auf den chinesischen Markt konzentrieren und darauf hingewiesen, dass derartige wirtschaftliche Abhängigkeiten verwundbar machen.

Als Reaktion darauf hat innerhalb der EU und auch innerhalb einzelner Staaten ein Umdenken eingesetzt und es wurde begonnen, dementsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Kirchberger verdeutlicht allerdings, dass viele Entwicklungen aus den vergangenen Jahren, die das transatlantische Verhältnis belastet haben, nicht mehr so leicht rückgängig zu machen sind. Die Beziehung zwischen der EU und den Vereinigten Staaten wurde durch die Wahrnehmung der Europäer als unaufmerksame und unsichere Kantonisten, die eher ein Problem als einen tatsächlichen Partner darstellen, stark strapaziert.

Die Rückkehr der Machtpolitik

Sebastian Bersick fügt dem hinzu, dass die zunehmende Rückkehr machtpolitischer Strategien auf internationaler Ebene eine Auswirkung auf die Ausgestaltung des transatlantischen Verhältnisses und die Rolle der EU im Indo-Pazifik hat. Dies zeichnet sich beispielsweise daran ab, dass genau an dem

Tag, an dem Brüssel die neue Indo-Pazifik-Strategie der EU vorstellte, die Vereinigten Staaten, Australien und das Vereinigte Königreich ihre neue Sicherheits- und Technologieallianz AUKUS verkündeten. Die Konsequenzen davon zeigten sich in Hinblick auf die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU, insbesondere seitens Frankreich, das als Reaktion sogar temporär seinen Botschafter zurückzog. Wenn man den größeren politischen Rahmen betrachtet, verdeutlichen diese kurzfristigen diplomatischen Ereignisse die bestehende diplomatische Anspannung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Auch der US-amerikanische Abzug aus Afghanistan, dessen Beschluss und Umsetzung für die EU relativ überraschend kam, lässt die Frage offen, inwieweit eine gemeinsame Abstimmung unter gleichwertigen diplomatischen Partnern stattfindet und ob es sich hierbei nicht eher um ein „Senior-Junior“-Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der EU handelt. Laut Bersick veranschaulichen diese Entwicklungen, dass diplomatische Unsicherheiten bestehen, die zur Erkenntnis seitens der EU führten, dass vor allem die eigenen Interessen gewahrt werden müssen.

Dennoch muss bedacht werden, dass die EU, wie bereits oben ausgeführt, keine Militärmacht darstellt und nun mit der Anforderung konfrontiert ist, sich diesen Veränderungen anzupassen. Die EU muss sich demnach mit ihrer Rolle in der NATO auseinandersetzen und überlegen, ob bzw. inwiefern die Notwendigkeit besteht, eine größere Verantwortung in der NATO zu übernehmen – zum einen, um für die Sicherheit Europas zu sorgen und zum anderen, um, für den Fall einer militärischen Konfrontation im Indo-Pazifik, notwendige Ressourcen für die Vereinigten Staaten bereitstellen zu können. In diesem Kontext merkt Bersick an, dass die EU hinsichtlich der Sicherheitspolitik im Indo-Pazifik „Trittbrett fährt“ – das bedeutet, Europa benötigt zwar die Stabilität in der Region, um Wirtschaft betreiben zu können, besitzt allerdings nicht die Kapazitäten, um diese entsprechend zu sichern, was zu einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber den Vereinigten Staaten und einem machtpolitischen Ungleichgewicht führt, das oft genug zu öffentlicher Kritik führte. Angesichts der aktuellen geopolitischen Entwicklungen werden Fragen und Kritik hinsichtlich dieses Ungleichgewichts jedoch immer präsenter.

Gleichzeitig muss hinzugefügt werden, dass die wirtschaftliche Integration in Asien (bzw. in Ostasien und im Asienpazifik) hauptsächlich marktgetrieben ist. International besteht ein hohes Interesse an wirtschaftlicher Entwicklung und Wirtschaftswachstum, was vermuten lässt, dass auch in Zukunft eine weitergehende Integration von Wirtschaftsakteuren in Form von Freihandelsabkommen stattfinden wird. Dabei stellt sich jedoch die Frage, wer daran teilnimmt. Einer der ersten Amtshandlungen von Präsident Donald Trump war beispielsweise der Ausstieg aus dem Trans-Pacific Partnership (TPP), das dann unter japanischer Führung in das Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific

Partnership (CPTPP) ausgebaut wurde – jedoch ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten. Auch an anderen internationalen Partnerschaften, wie z. B. dem Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP), das Anfang kommenden Jahres als größter Wirtschaftsraum weltweit in Kraft treten soll, nehmen die Vereinigten Staaten nicht teil – dafür aber die Volksrepublik China.

Es lässt sich folglich gleichzeitig eine wirtschaftliche Konvergenz und eine (sicherheits-)politische Divergenz beobachten. Angesichts des Fehlens einer Sicherheitsarchitektur in der Region und der Zunahme an geopolitischen Risiken, stellt sich die Frage, wie mit diesen Entwicklungen umgegangen werden soll. Dazu kommt, dass es sich bei den EU-Mitgliedstaaten nicht um eine homogene Gruppe handelt und das europäische Interesse am indopazifischen Raum demnach variiert. Eine wichtige Rolle spielt dabei vor allem Frankreich, nicht zuletzt wegen seiner Überseegebieten, das als erster Mitgliedstaat der EU eine Indo-Pazifik-Strategie erarbeitet hatte, gefolgt von Deutschland und den Niederlanden. In diesem Zusammenhang muss auch die Belt and Road Initiative (BRI) Chinas hervorgehoben werden, die mitunter zur Folge hat, dass sich Europa in einem Wettbewerb mit chinesischen Akteuren sieht und die Frage aufwirft, inwieweit europäische Akteure die Finanzkraft besitzen, um entsprechend Investitionen tätigen zu können. In der Indo-Pazifik-Strategie der EU wird zwar auf verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten Bezug genommen, aber ein explizites Budget ist nicht vorhanden, was die Notwendigkeit von Nachbesserungen offenlegt. Es zeigt sich demnach, dass ein viel höherer Ressourceneinsatz Europas notwendig ist, um den geopolitischen, geoökonomischen und militärischen Anforderungen in der Region gerecht zu werden. Dabei bleibt weiterhin die Frage offen, welche Rolle die EU in Zukunft in der Region einnehmen wird und wie das zukünftige Vorgehen schlussendlich finanziert werden soll.



Die Zukunftsperspektiven Chinas und der EU

In diesem Kontext stellt Kirchberger fest – auch in Hinblick auf eine dritte Amtszeit Xi Jinpings als Generalsekretär der chinesischen kommunistischen Partei – dass sich das disruptive außenpolitische Verhalten Chinas aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft weiter steigern wird. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in den letzten Monaten ab, als Anfang Oktober 2021 große Mengen an chinesischen Kampfflugzeugen – innerhalb weniger Tage weit über 100 Flugzeuge – in die

taiwanische Luftverteidigungszone eindringen. Um diese plötzliche Eskalation in Relation zu setzen, erklärt Kirchberger, dass die ersten chinesischen Flüge zur Verletzung der taiwanischen Luftverteidigungszone erst im Jahr 2016, nach der Wahl Donald Trumps sowie der Wahl von Tsai Ing-wen auf Taiwan, begannen. In den ersten eineinhalb Jahren kam es rund ein- bis zweimal pro Monat zu einem Eindringen in die taiwanische Luftverteidigungszone und auch nur unter Einsatz weniger Flugzeuge. Im Jahr 2021 wurden jedoch bereits über 500 Vorfälle dieser Art verzeichnet, was bedeutet, dass auf jeden Tag des Jahres mehrere Angriffe entfielen (Stand: Oktober 2021). Die taiwanische Luftwaffe ist bereits nicht mehr in der Lage auf alle Angriffe mit Abfangjägern zu reagieren, was das Ausmaß der Intensivierung verdeutlicht. Diese Vorfälle gehen mit Umrundungsflügen – teilweise auch russisch-koordinierten Umrundungsflügen – oder Manövern mit Bomber-Flugzeugen in umstrittenen Gebieten einher. Ein strategisches Manöver mit Bomber-Flugzeugen, die im Ernstfall auch atomar bewaffnet sein könnten, fand beispielsweise in dem umstrittenen Gebiet zwischen Südkorea und Japan, über der umstrittenen Insel Dokdo statt. Als Folge brachen Streitigkeiten zwischen Südkorea und Japan hinsichtlich der Zuständigkeit in Bezug auf diesen Luftraum aus, was die beiden amerikanischen Verbündeten temporär entzweite und Chinas strategisches Manöver begünstigte.

Diese Beispiele verdeutlichen die strategische Vorgehensweise Chinas, die man auch als *probing behaviour* bezeichnen kann: Es handelt sich demnach um Verhaltensweisen, bei denen getestet wird, wie das Gegenüber auf gewisse Operationen reagiert, mit dem Ziel den Gegner auszureizen und gleichzeitig zu opponieren – eine außenpolitische Strategie, die China in Hinblick auf Taiwan und das Südchinesische Meer immer häufiger anwendet. Der eigene Handlungsspielraum wird langsam ausgeweitet, während man jedoch absichtlich unter der Schwelle einer wirklichen militärischen Eskalation bleibt. In diesem Zusammenhang merkt Kirchberger an, dass diese Vorfälle insbesondere kurz vor dem Parteitag weiter zunehmen werden, da die chinesische Führung typischerweise nationalistische Rhetorik und externe Territorialstreitigkeiten verwendet, um die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von den innenpolitischen Ereignissen abzulenken. Demnach besteht ein hohes Risiko, dass vor allem in diesem Zeitraum externe Spannungen genutzt werden, um in der Bevölkerung die Zustimmung und Unterstützung für die KP-Führung unter Xi Jinping zu stärken. Vor dem Parteitag kann zudem davon ausgegangen werden, dass ein massives Vorgehen gegen Dissidenten in Peking, weitere Einschränkungen der Pressefreiheit sowie andere Restriktionen stattfinden werden, um einen reibungslosen Ablauf des Parteitags sicherzustellen.

Im Allgemeinen rechnet Kirchberger jedoch nicht mit einem absichtlichen Beginn eines großen Konflikts seitens Chinas. Die chinesische kommunistische Partei möchte das Risiko vermeiden, in einen langen verlustreichen Konflikt verwickelt zu sein oder gar eine Niederlage zu erleiden. Diese

Einschätzung schließt jedoch nicht die Wahrscheinlichkeit aus, dass ein solcher Konflikt aus Versehen zustande kommen könnte. Sollte das *probing behaviour* Chinas zu weit ausgereizt werden und die Gegenseite auf unvorhergesehene Weise reagieren, könnte dies die Eskalation eines bestehenden Konflikts nach sich ziehen.

Darüber hinaus wird in diesem Kontext deutlich, dass ein Konflikt im Westpazifik, der in einen Krieg ausartet – z. B. mit Taiwan oder im Südchinesischen Meer – auch gravierende Konsequenzen für die EU haben würde. Entgegen der gängigen Annahme Europas, dass ein Konflikt in der Region lediglich zu Handelseinbrüchen führen würde, stehen die NATO-Beziehungen zu den Vereinigten Staaten: Wenn die Vereinigten Staaten beispielsweise in einen Konflikt mit China verwickelt würden, weil sie Taiwan gegen China verteidigen müssen, so würde die EU als NATO-Partner um Unterstützung gebeten und damit in den Krieg involviert werden. Gleichmaßen muss jedoch bedacht werden, dass die NATO als Bündnis über die Hälfte der gesamten Wirtschafts- und Militärmacht der Welt repräsentiert. In Hinblick auf Konflikte im Westpazifik würde demnach eine deutlichere Positionierung der Nato als Bündnis und damit als gemeinsame Kraft das Kräftegleichgewicht in der chinesischen Risikokalkulation maßgeblich verändern. Chinas außenpolitische Strategie ist vor allem von – oftmals erfolgreichen – Versuchen gekennzeichnet, internationale Bündnisse zu spalten und Partner gegeneinander auszuspielen. Wenn die NATO-Partner es in Zukunft jedoch schaffen würden, Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen kollektiv nach außen zu vertreten, könnte man sich, laut Kirchberger, gemeinsam gegenüber China behaupten.

Hinsichtlich konkreter Handlungsempfehlungen für die EU im wirtschaftspolitischen Bereich erklärt Sebastian Bersick, dass die EU die Institutionalisierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den (staatlichen) Akteuren in der Region fortsetzen sollte. Das bedeutet, das vorhandene Netzwerk an bilateralen Freihandelsabkommen muss weiter ausgebaut werden, indem beispielsweise die Verhandlungen mit Indien oder Indonesien fortgeführt und mit Malaysia und den Philippinen wieder aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte die EU die Region als größeren Zusammenhang begreifen und das Angebot einer großen (WTO-konformen) Freihandelszone zwischen Europa und Asien – und die damit verbundene Multilateralisierung der bestehenden Freihandelsabkommen sowie eine Erweiterung dieser – andenken. Dies sollte allerdings nicht im Sinne eines exklusiven Blocks, der die Volksrepublik China ausschließt, erfolgen, sondern – ganz im Gegenteil – China als Wirtschaftspartner integrieren. Gleichzeitig gibt es auch die Überlegung ein Investitionsabkommen mit der Republik China auf Taiwan abzuschließen bzw. in Verhandlungen zu treten, bei welchem alle wirtschaftlichen Akteure involviert sein sollten. Diese Ideen könnten auch in Absprache mit den Vereinigten Staaten umgesetzt werden, sollte diesbezüglich Interesse bestehen.

Diesen Empfehlungen gegenüber steht jedoch die aktuelle Situation, in der Europa weder an RCEP noch an CPTPP teilnimmt und auch seitens der Biden-Administration keine Überlegungen hinsichtlich neuer Freihandelsabkommen bestehen. Diese Situation kann sich nur ändern, wenn die Einsicht in Hinblick auf die globalen geopolitischen Erfordernisse zu einem wirtschaftlichen und politischen Umdenken führt. Abschließend spricht Bersick die Empfehlung aus, dass Europa seine „Stärken stärken“ sollte: Die EU muss demnach den Bereich des Handels, des Marktes und der Gesetzgebung nutzen, um die (eigene) wirtschaftspolitische Umwelt sicherer und stabiler zu gestalten.